

Regierungserklärung zu Ausländer in Deutschland

Der Landtag tritt vor der Sommerpause zu Beratungen zusammen. Am Mittwoch, 23. Juni, stehen u. a. eine Regierungserklärung zu „Ausländer in Deutschland“ und zu Maßnahmen zur Bekämpfung von rassistisch motivierten Straftaten, ferner die Themen „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, „Staatsangehörigkeit reformieren“, „Erleichterung der Einbürgerung, Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit, Verwirklichung des kommunalen Ausländerwahlrechts“, „Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer jetzt durchsetzen“, „Merkmal ‚Ausländer‘ aus Kriminalstatistik entfernen“ und „Einsetzung eines Ausländerbeauftragten für NRW“ auf unterschiedliche Anträge der Fraktionen SPD, F.D.P. und GRÜNE hin auf dem Programm. Es schließen sich Debatten über Haushaltspolitik, hochschulrechtliche Vorschriften, Gewerbeaufsicht, Abwasserbehandlung, Hortplätze und Energienutzung an. Am Donnerstag, 24. Juni, beginnt das Plenum mit einer Aktuellen Stunde zu „NRW-Wirtschaft in der Krise — Neues Denken und Umsteuern erforderlich“ auf Antrag von CDU und F.D.P. sowie Beratungen zur Standortoffensive Nordrhein-Westfalen (SPD), Beseitigung des Industrie- und Gewerbeflächennotstands (CDU) und Ausweisung von Flächen für Wohnung, Gewerbe, Industrie (F.D.P.). Rückbesinnung auf Werteerziehung (CDU) und eine Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes in Gesetzentwürfen der Landesregierung und Grünen schließen sich an. Es folgen auf Antrag von CDU und Grünen schulpolitische Themen wie Einführung der differenzierten Mittelstufe und alle öffentlichen Grundschulen als Gemeinschaftsschulen.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustin Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 24. Juni 1993, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 10 11 43.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tscholtsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN)

Ja, sicher habe sie der Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen in Ennepetal gefreut, daß Schülern künftig mehr Rechte eingeräumt werden sollen. Aber trotzdem habe die Bildungspolitik längst nicht den Stellenwert in der grünen Politik und Fraktionsarbeit, der ihr eigentlich zustehe, meint Brigitte Schumann. Sie muß es wissen, schließlich ist sie die bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion.

Daß andere Themen oft als wichtiger angesehen werden, findet sie vor allem deshalb unverständlich, weil die Kultur- und Bildungspolitik das originäre Feld der Landespolitik sei. In kaum einem anderen Bereich könne das Land so weitgehend eigenverantwortlich Politik machen. Außerdem müsse gerade auch über die Schule am gesellschaftlichen Bewußtsein gearbeitet werden. Nur so hätten notwendige Veränderungen im Sinne der grünen Programmatik überhaupt eine Chance.

Als sie nach der Landtagswahl 1990 von den anderen Fraktionsmitgliedern gedrängt wurde, die Bildungs- und Kulturpolitik zu ihrem Schwerpunkt zu machen, habe sich die Begeisterung in Grenzen gehalten, sagt Brigitte Schumann rückblickend. Denn sie hätte sich auch gern um Frauen-, Jugend- und Sozialarbeit gekümmert.

Nach drei Jahren intensiver Arbeit sei ihre anfängliche Abneigung allerdings verschwunden. Schließlich habe sie 15 Jahre lang Bildungspolitik von der anderen Seite erlebt, als Lehrerin für Deutsch und Englisch an der Luisenschule in Mülheim.

In Mülheim ist die 46jährige auch geboren. Bis zu ihrem zwanzigsten Lebensjahr sei sie allerdings kaum mit Politik konfrontiert worden. Die Schulzeit an einem traditionellen Mädchengymnasium habe mit der Lebenswirklichkeit nicht sehr viel zu tun gehabt. Um so größer war dann der Schock, als sie beim Beginn des Studiums 1966 voll in die sich entwickelnde Studentenbewegung geriet. Einer der zahlreichen Hochschulgruppen schloß sie sich zwar nicht an, aber bei vielen Aktionen und „Teach-Ins“ war sie natürlich dabei.

In dieser Zeit sei auch ihr Bewußtsein dafür gewachsen, daß politische Veränderungen notwendig seien. Durch die Erfahrungen in der Referendarzeit, wo starre Lehrpläne wenig Rücksicht auf die Menschen vor und hinter dem Lehrerpult genommen hätten, sei dies noch bestärkt worden.

Mitte der 70er dann die Debatte über die „Berufsverbote“. Obwohl sie selbst nicht unter den sogenannten Radikalerlaß fiel, konnte sie dessen Auswirkungen auf ihre Schule konkret erleben. Die Motivation der Lehrerkollegen ließ rapide nach, und die Angst vor Kritik wuchs. Die offensichtliche ungleiche Behandlung von rechts und links damals habe ihrem politischen Engagement einen Schub gegeben. Sie wurde Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und

Wissenschaft, aber noch nicht Mitglied einer Partei.

Statt dessen arbeitete sie in der Mülheimer Frauenbewegung mit. Aus dieser Zeit kennt sie auch ihre heutige Parlamentskollegin Heidi Berger (SPD). Fünf Jahre habe es gedauert, bis endlich auf öffentlichen Druck in Mülheim ein Frauenhaus eingerichtet werden konnte.

Nach den kommunalpolitischen Erfahrungen mit der SPD in dieser Auseinandersetzung kam ein Beitritt zu den Sozialdemokraten für Brigitte Schumann nicht in Frage. Aber sie wollte jetzt kontinuierlich politisch arbeiten — und da gab es ja noch die Grünen. In der Frauenpolitik bestanden kaum Meinungsunterschiede, hinzu kamen die klare Position zum NATO-Doppelbeschuß und der zentrale Stellenwert der Ökologie.

1982 wurde Brigitte Schumann Mitglied der Partei. Zwei Jahre später saß sie bereits im Mülheimer Stadtrat, bis 1989 als Sprecherin der grünen Fraktion.

Um Politik hauptberuflich „machen“ zu können, kandidierte sie im Vorfeld der Landtagswahl 1990 für einen aussichtsreichen Listenplatz — und sie hatte Erfolg.

Obwohl sie einige Abstriche machen mußte an ihren ursprünglichen Vorstellungen von „Politik als Beruf“ — für Brigitte Schumann ist der Job der Landtagsabgeordneten eine „persönliche Weiterbildungsmaßnahme“, die sich bislang gelohnt hat. Natürlich sei sie in einer privilegierten Situation, sie habe Kontakte und Erfahrungen gemacht, die eben nur so möglich seien. „Der Blick hinter die Kulissen ist unbezahlbar“, sagt sie.

Trotz aller Einschränkungen im Privatleben, bei Hobbys und dem seltener gewordenen Kontakt zu Freunden — sie würde es wieder tun. Deshalb stehen hinter einer erneuten Kandidatur für Brigitte Schumann keine Fragezeichen. Schließlich gibt es in der Bildungspolitik noch reichlich zu tun.

Ralf Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)